

Folge 13

Aus Regierungskreisen — der Podcast der Bundesregierung

Gast: Wolfgang Schmidt, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Thema: Corona-Hilfen

[Musik]

[Sven Siebert, Moderator] Hallo, willkommen zu „Aus Regierungskreisen — dem Podcast der Bundesregierung“. Ich bin Sven Siebert. Ich bin Gastgeber dieses Podcasts und heute geht's hier um die Staatsfinanzen in der Corona-Zeit. Dazu begrüße ich Wolfgang Schmidt, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen. Wolfgang Schmidt ist Jurist und seit bald 20 Jahren an der Seite seines Ministers Olaf Scholz. Er war persönlicher Referent, Büroleiter, in Bundesministerien, in der SPD-Bundestagsfraktion, er war Staatsrat in Hamburg und ist seit nun fast drei Jahren Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Guten Tag, Herr Schmidt.

[Wolfgang Schmidt, Gast] Guten Tag, Herr Siebert.

[Siebert] Herr Schmidt, für das vergangene Jahr 2020 gab's einen Nachtragshaushalt zur Finanzierung all der Corona-Hilfsprogramme und am Ende sind 65 Milliarden Euro weniger ausgegeben worden als geplant. Ist das ein gutes oder ein schlechtes Zeichen?

[Schmidt] Na, ich glaube erst mal, dass es ein gutes Zeichen ist, aber es zeigt auch ein bisschen, dass wir es mit einer Krise zu tun haben, für die es natürlich kein Drehbuch und keine Handlungsanleitung irgendwo in der Schublade gibt, sondern da mussten — genau wie alle Bürgerinnen und Bürger — auch die Ministerien improvisieren. Und Bundesminister Scholz hat sehr schnell entschieden, dass wir es nicht am Geld scheitern lassen und das tun, was nötig ist. Und deswegen, weil man ja auch nicht so richtig abschätzen kann, welche Hilfen [...] denn gebraucht [werden] oder in welcher Höhe [...] Hilfen gebraucht [werden] und auch nicht abschätzen kann, wie tief [...] denn die Steuereinnahmen [runtergehen] — [...] sowohl auf der Ausgaben- [als auch] auf der Einnahmenseite —, muss man immer schätzen. Und dass man dann nicht immer ganz präzise da landet, wo man gedacht hat, dass man landen könnte, das ist dann so. Aber es ist natürlich gut, wenn wir jetzt etwas weniger Schulden machen müssen, als das ursprünglich geplant war.

[Siebert] Vielleicht haben Unternehmen erst gar keine Hilfen beantragt, weil sie schon alle Hoffnung verloren hatten?

[Schmidt] Nein, das kann man nicht sehen. Also, ich glaube, es gibt, was diese Hilfen anbelangt, die ja aber nur ein kleiner Teil der geplanten Neuverschuldung oder der angenommenen Neuverschuldung waren, [...] glaube ich, zwei Phänomene oder Erklärungen. Das eine ist, dass viele Unternehmen doch deutlich besser durch die Krise gekommen sind, als ursprünglich mal befürchtet. Das sieht man auch daran, dass ganz am Anfang noch ein Rückgang des Wirtschaftswachstums von deutlich über 7 Prozent angenommen worden ist. Am Ende sind wir jetzt bei minus 5 Prozent gelandet. Und das zweite ist, dass alle gemeinsam auch gelernt haben, diese Instrumente immer noch mal anzupassen. Und da wird aus Unternehmerkreisen hin und wieder mal gesagt, dass die ein oder die andere Hilfe etwas schwerfällig zu beantragen war, dass die Bedingungen nicht so genau gepasst haben, für besonders betroffene Branchen, also zum Beispiel im Veranstaltungsbereich oder im Tourismusbereich für die Reisebüros. Und da haben dann die Zuständigen — die Ministerien, das Wirtschaftsministerium, das Finanzministerium — nachgesteuert, sodass, glaube ich, jetzt die Hilfen dann auch besser passen und von den Unternehmen, die es brauchen, auch in Anspruch genommen werden können.

[Siebert] Das wäre jetzt die nächste Frage. Es liegt nicht daran, dass weniger Geld ausgegeben worden ist, als geplant, weil das Geld einfach nicht ausgezahlt wurde, weil die Bearbeitung der Hilfsanträge hängt?

[Schmidt] Das ist auch ein Thema, das natürlich, wenn man so große Programme macht, die zum Beispiel jetzt bei den November- und Dezember-Hilfen – die also im letzten Jahr helfen sollten, diese Schließungen für Restaurants, Bars, Clubs und Hotels abzufedern — das sind dann 500.000 Unternehmen und Selbstständige, die da begünstigt sind. Das ist ja ein Riesenaufwand. Es handelt sich immer um Steuerzahlergeld. Das heißt, wir müssen schon als Staat ja ordentlich mit diesem Geld umgehen, können jetzt nicht einfach auf gut Glück überweisen und hoffen, dass alle Leute ehrlich sind. Da gibt's auch ein paar, die das mit der Ehrlichkeit nicht ganz so gut machen. Und deswegen müssen dann Prüfungen vorgesehen werden und es muss geguckt werden, dass die Kontonummer auch stimmt, dass das Geld nicht irgendwohin abfließt, wo man es nie wieder kriegt. Und außerdem — das ist dann das Ergebnis unseres föderalen Systems — müssen diese ganzen Dinge, weil das über die Länderverwaltung abgewickelt wird, [mit 16 Ländern] abgestimmt werden, [...] und dann, um das Ganze noch komplizierter zu machen, haben wir noch das europäische Beihilferecht, also...

[Siebert] Ja, danach frage ich gleich noch mal — die Europafrage.

[Schmidt] Genau, aber das heißt, es ist ein relativ komplexes Wirken. Dann muss natürlich so eine Antragsplattform [von einem IT-Dienstleister] programmiert werden [...] und das alles führt dann dazu, dass die Gelder nicht so schnell fließen, wie sich das die Unternehmen und auch wir uns das wünschen. Wir haben dann allerdings sehr schnell gesagt: „Wir machen jetzt Abschlagszahlungen möglich, über die Bundeskasse.“ Das ist also etwas, was der Bund selber machen kann, sodass dann für die Solo-Selbständigen bis zu 5000 Euro und für andere bis zu 50.000 Euro — die Hälfte der beantragten Summe — auch gleich relativ zügig nach Antragstellung ausgezahlt werden konnte.

[Siebert] Der Bundeshaushalt 2020 ist ja trotzdem der mit der höchsten Verschuldung aller Zeiten geworden. Am Ende waren es über 130 Milliarden Euro. Und dieses Jahr soll es wahrscheinlich sogar noch mehr werden. Wann geht uns eigentlich die Puste aus, haushaltsmäßig?

[Schmidt] Also, wir gehen davon aus, dass uns die Puste gar nicht ausgeht. Deutschland hat sehr große Möglichkeiten. Es ist ja im Moment die etwas absurde Situation, [dass], wenn die Bundesrepublik Deutschland zu den Anleihemärkten geht und sagt: „Wir würden uns gerne Geld leihen“, dann können wir uns vor Angeboten kaum retten. Und was für Privatleute perfekt wäre, ist für den Bund Realität. Wir zahlen keine Zinsen. Also, das heißt, wenn Deutschland eine Milliarde Euro Anleihen aufnimmt, also um einen Kredit bittet, dann sind die Investoren bereit uns dafür, dass sie uns Geld leihen dürfen, sogar noch Geld zu zahlen. Also, die Rendite im Moment für eine zehnjährige Anleihe ist bei minus 0,6 Prozent. Das heißt, — es ist etwas absurd — aber Deutschland verdient tatsächlich an den Schulden sogar noch Geld. Und das zeigt, [dass] auch die Verschuldungsquote – also das Verhältnis der Schulden zum Bruttosozialprodukt – sehr, sehr günstig [...] im Vergleich zu allen anderen Industrieländern [ist]. Wir kommen von 60 Prozent sogenannter Schuldenquote und gehen jetzt vermutlich auf etwas über 70 Prozent. Nach der letzten Finanzkrise waren wir bei deutlich über 80, bei 84 Prozent. Und innerhalb von neun Jahren sind die dann wieder durch Wachstum und Inflation unter 60 Prozent gefallen. Also, man kann sagen: Wir haben die Kraft, wir haben die Puste und wir können uns das auch leisten.

[Siebert] Die Kanzlerin hat ja vor gar nicht so langer Zeit gesagt: „Wir können diese Art von Hilfen nicht bis Ultimo fortführen.“ Was heißt denn das eigentlich?

[Schmidt] Na, bis Ultimo geht natürlich gar nichts. Aber ich glaube, wir sind von Ultimo noch ziemlich weit entfernt. Und ich erinnere noch mal dran: Es gab und gibt kein Drehbuch für so eine Krise und deswegen ist es natürlich so, dass man die

Hilfen weiterentwickelt. Aber wir haben [als Bundesrepublik Deutschland] genug finanzielle Möglichkeiten [...] und insofern, glaube ich, kann man wirklich entspannt sein. Das Ultimo ist weit entfernt.

[Siebert] Ist das denn das Ende der Schuldenbremse? Das wird ja jetzt auch diskutiert. Oder muss die nach Ende der Krise wieder greifen?

[Schmidt] Na ja, die Schuldenbremse gilt. Sie steht im Grundgesetz und um sie zu verändern, bedürfte es sowohl im Bundestag [als] auch im Bundesrat einer Zweidrittelmehrheit. Das heißt, es müssten mindestens zwei in der Opposition befindliche Parteien mitzustimmen. Das heißt, das ist etwas, was nur mit einem großen politischen Konsens gelingen könnte. Was jetzt gemacht worden ist — und das sieht die Schuldenbremse im Grundgesetz ja vor — ist, zu sagen, wir nehmen die sogenannte Ausnahmeklausel, die gemacht ist für den Fall einer Naturkatastrophe. Da hatten die Väter und Mütter der Schuldenbremse damals dran gedacht: Wenn es irgendwo eine Hochwasserkatastrophe gibt, dass dann Deutschland helfen kann. [...] Was [natürlich niemand] vorhergesehen hatte, war eine Pandemie von diesem Ausmaß und mit den genannten Milliardenbeträgen, die nötig sind. Es hieß, es gibt jetzt eine Debatte darüber, ob es klug wäre, vielleicht einen Pfad zu beschreiten, ab dem die Schuldenregel wieder gilt. Denn mit der Neuaufnahme von Krediten ist immer [...] ein sogenannter Tilgungsplan [verbunden]. Das heißt, es wird [...] mit der Genehmigung für den Bundeshaushalt [beschlossen], jetzt neue Kredite aufzunehmen, dass die eben innerhalb von 20 Jahren zurückgezahlt werden müssen. Und das führt dann natürlich dazu, dass, wenn man jetzt keine weiteren Schulden aufnehmen kann, [...] dieses Geld in irgendeiner Form ja aus dem Haushalt kommen muss und dann kann man entweder Investitionen kürzen oder Sozialleistungen oder Steuern erhöhen. Und das sind vielleicht jetzt auch alles nicht so richtig tolle Sachen nach einer Krise und insofern gibt es diese Debatte. Aber ich sage mal voraus: Ich glaube, die Schuldenregel wird weiter im Grundgesetz stehenbleiben. Was jetzt diskutiert wird, [ist] noch mal die Frage, ob man temporär ein paar Erleichterungen vorsieht.

[Siebert] Ja. Also, das Problem ist: Man hat zwar jetzt die Möglichkeit, sehr hohe Schulden in dieser Ausnahmesituation aufzunehmen, ist aber nach der geltenden Rechtslage auch dazu gezwungen, sie in relativ kurzer Zeit [sozusagen] wieder abzustottern [...]. Und deswegen belastet das die Haushalte der Zukunft.

[Schmidt] Genau. Und die Frage, wie lange abgestottert werden muss, also wie lange der Tilgungsplan ist, das legt der Bundestag als Haushaltsgesetzgeber durch eine Entscheidung fest. Und das hat er eben gemacht und hat gesagt: [...] Ab 2023, [glaube ich], soll dann innerhalb von 20 Jahren getilgt werden.

[Siebert] Wer bestimmt denn eigentlich, wann die Krise beendet ist? Also, wenn man jetzt sagt 2023 – man kann doch auch sagen, [dass] die Krise [...] immer noch [fortwirkt], weil die Flutschäden sozusagen auch 2023, 2024, 2025 noch durch staatliche Hilfe ausgeglichen werden [müssten].

[Schmidt] Ich glaube auch, dass wir die Folgen der Krise natürlich noch länger sehen. Der Jahreswirtschaftsbericht, der jetzt Ende Januar veröffentlicht wurde, sagt, dass wir erst Mitte 2022 wieder das Vorkrisenniveau, also von 2019, erreichen werden. Und das zeigt schon, dass die Auswirkungen der Krise natürlich noch da sind. Es hängt am Ende ja auch davon ab, wie schnell wir jetzt mit den Impfungen vorankommen, wie schnell dann tatsächlich auch diese ganzen Einschränkungen, auch des Wirtschaftslebens, aufgehoben werden können, sodass dann das normale, auch wirtschaftliche Leben wieder losgeht. Und davon hängt es ganz entscheidend ab. In Hinblick auf die Schuldenregel und die Frage, ob diese Ausnahmesituation gegeben ist: Das entscheidet jeweils der Bundestag auf Antrag der Bundesregierung. Dafür gibt es dann viel Kommentarliteratur zum Grundgesetz, wie diese einzelnen Bedingungen zu verstehen sind und das ist sowohl eine politische Frage, [als] hinterher auch eine Frage, die juristisch vom Bundesverfassungsgericht überprüft werden kann.

[Siebert] Sie, Herr Schmidt, Sie waren ja nicht immer schon Haushälter, wie Ihr Kollege Werner Gatzert, den wir als Staatssekretär hier vor einigen Monaten auch zur Corona-Krise schon mal zu Gast hatten. Aber auch an Sie die Frage: Tut es Ihnen weh, dass Sie jetzt jahrelang die schwarze Null verteidigt haben und [es] nun [...] in wenigen Jahren immer tiefer ins Rote [geht]?

[Schmidt] Ich finde, es ist schon etwas Besonderes, wenn man in dieser Dimension auf einmal Summen bewegt. Ich erinnere mich noch: Ich habe irgendwann — ich glaube, im April oder so — eine Garantieerklärung [...] für die staatliche Förderbank KfW [unterschrieben], sodass wir das, was die an Krediten an die Unternehmen ausreicht, abgesichert haben. Und das war eine Zahl, wo ich vorher nicht gedacht hätte, dass ich da jemals eine Unterschrift leisten müsste: 93 Milliarden Euro! Wenn man das so ausgeschrieben sieht und dann unterschreibt man, dass wir als Bundesregierung dafür eine Garantie übernehmen, denkt man schon mal eine Sekunde drüber nach, was wir hier eigentlich tun. Ich glaube nur, dass das absolut notwendig und richtig ist, weil — das ist von allen Ökonomen und Ökonomen deutlich beschrieben und überall in der Welt wird es dementsprechend auch so gemacht — nicht handeln, wäre sehr viel teurer, als das, was wir jetzt tun. Wir versuchen ja Beschäftigung zu sichern, Unternehmen zu erhalten. Und wenn Unternehmen und wenn Arbeitsplätze erst mal weg sind, ist es halt sehr viel komplizierter die später wieder neu einzurichten. Und deswegen glaube ich, ist es genau das Richtige, jetzt dieses viele Geld in die Hand zu

nehmen, um diesen wirtschaftlichen Absturz zu dämpfen. Und das Interessante ist, dass uns die internationalen Organisationen — der Internationale Währungsfonds, die Organisationen für wirtschaftliche Zusammenarbeit, auch die Europäische Kommission — alle bescheinigen, dass wir gerade ziemlich viel, ziemlich richtigmachen und das gibt dann so eine Bestätigung für diese ganze Arbeit in Zahlenräumen, die man in der Grundschule zumindest nicht lernt.

[Siebert] Und ich nehme an, es war erleichternd, dass da nicht stand: Ich, Wolfgang Schmidt, hafte jetzt persönlich für diese Summe.

[Schmidt] Das stimmt. [...] Irgendwann sind die Zahlen ja so groß, dass man auch weiß: Es ist dann auch egal. [beide lachen] Nein, aber natürlich ist das was, was wir [uns] als Gesamtstaat [...] leisten können. Und wir versuchen alle unseren Beitrag zu leisten, dass wir gut durch diese Krise kommen.

[Siebert] Die Unterstützung der Unternehmen. Sie sagten ja gerade: Es ist besser die Arbeitsplätze zu erhalten, statt sie einmal wegfallen zu lassen. Aber diese andauernde Unterstützung der Unternehmen: Wie lange funktioniert das — jetzt volkswirtschaftlich oder auch betriebswirtschaftlich? Wann sind Firmen, die über einen langen Zeitraum am Tropf der Corona-Hilfe hängen, vielleicht trotz der Unterstützung kaputt?

[Schmidt] Das gucken wir uns natürlich auch sehr genau an. Noch gibt es dafür nicht so viele Anzeichen. Wir versuchen dann aber ja immer nachzusteuern. Also zum Beispiel, als jetzt [...] im Dezember [klar war], dass auch die Einzelhandelsgeschäfte schließen mussten, haben wir sehr schnell gesagt: „Dafür muss es dann auch eine Hilfe geben.“ Als dann klar war, dass das, was bisher vorgesehen war, nicht ausreichen würde, weil zum Beispiel die Saisonware, die Winterklamotten, dann eben nur noch mit großen Abschlägen verkauft werden könnten, haben wir noch mal nachgesteuert. Insofern [bin ich] ganz optimistisch, dass wir jetzt keine — wie das manchmal genannt wird — Zombie-Firmen heranzüchten, sondern dass die Unternehmen, die sich jetzt um die Hilfe bemühen, dass die ja vor der Krise ein funktionierendes Geschäftskonzept und -modell hatten. Es ist ja nicht so — wie das dann manchmal in so anderen Situationen, wo um staatliche Hilfen gerungen wird, der Fall ist — dass es jetzt Unternehmen gewesen sind, die ein nicht funktionierendes Geschäftskonzept hatten. Sondern diese Krise hat flächendeckend alle getroffen, alle Restaurants. Und was wir ja gesamtgesellschaftlich getan haben, war im Prinzip zu sagen: Wir versuchen den Zustand von vor der Krise in gewisser Form zu konservieren, versuchen gemeinsam durch die Krise zu kommen und danach geht es praktisch möglichst so wieder los, wie es vor der Krise gewesen ist. Dass da das ein oder andere Unternehmen dabei ist, das vielleicht auch vor der Krise schon Schwierigkeiten

hatte und es deswegen nicht schafft, das sollte uns – glaube ich – nicht daran hindern, dass die ganz, ganz, ganz große Mehrzahl von Unternehmen, die wirklich vernünftig gewirtschaftet hat, ordentliche Ideen hat, dass die jetzt unterstützt werden, damit sie diese extrem schwierige Situation überleben.

[Siebert] Das Stichwort EU und Beihilferecht — das fiel gerade schon. Langfristige staatliche Unterstützung von Unternehmen stößt ja irgendwann an die Grenzen des europäischen Beihilferechts. Wann sagt die EU: „Jetzt ist Schluss mit diesen Dauersubventionen“?

[Schmidt] Die Europäische Kommission ist erfreulicherweise auch sehr flexibel und hat deswegen schon im März gesagt: „Wir sehen, dass hier eine besondere Situation ist“ und hat deswegen ein sogenanntes Temporary Framework geschaffen. Also einen zeitweiligen Rahmen für staatliche Hilfen. Und da gibt es jetzt verschiedene Regime, Kleinbeihilfen und dann eine Fixkostenregelung, die helfen soll, dass die Unternehmen in Europa durch diese Krise kommen. Und es ist anerkannt, dass es dafür staatlicher Hilfe bedarf. Jetzt sind wir gerade mit denen in Brüssel am Diskutieren, ob diese Regeln nicht nur [bis zum Ende des Jahres] verlängert werden sollten [...] — im Moment gelten sie bis zur Mitte des Jahres — sondern auch noch mal die Beträge deutlich angehoben werden [müssten], weil ja deutlich geworden ist, dass die Unternehmen mehr Staatshilfe brauchen als bisher im März vorhersehbar. Und das zweite ist: Diese europäische Beihilfe soll ja einer Verzerrung des Wettbewerbs durch staatliche Eingriffe entgegenwirken und soll verhindern, dass ein Mitgliedstaat die eigenen Unternehmen mit Geld so stärkt, dass sie eben einen Wettbewerbsvorteil [gegenüber] anderen Unternehmen in einem anderen europäischen Staat haben. Nun ist der Wettbewerb zwischen einer Pizza in Berlin und einer Pizzeria in Wien vermutlich nicht so ausgeprägt. Also, ich glaube nicht, dass [sich] Berlinerinnen und Berliner, wenn sie abends essen gehen wollen, [...] zwischen der Pizzeria in Berlin und der in Wien [entscheiden]. Das heißt, die stehen nicht im Wettbewerb. Anders sieht es natürlich bei Hotels oder Messen aus, die im Wettbewerb stehen. Und deswegen guckt die Europäische Kommission drauf. Aber bisher ist es so, dass sie absolut anerkennt, dass hier ein großes Naturereignis ist, von dem Unternehmen betroffen sind und wir alle ein großes Interesse daran haben, dass, wenn dieses Naturereignis hoffentlich durch die Impfungen dann wieder zurückgedrängt worden ist, die Unternehmen weiterhin existieren, weil die [...] ja dafür [sorgen], dass auch der Wohlstand wächst und Steuern bezahlt werden und dann auch die Europäische Union existiert und funktioniert.

[Siebert] Sie sind ja Sozialdemokrat und es gibt ja jetzt häufig den Vorwurf: Für die Wirtschaft, für die Unternehmen gibt's Milliarden, für die armen Leute nicht. Trifft Sie das?

[Schmidt] Na, es stimmt einfach nicht. Also, die [sicherlich] größte Hilfe [...] und auch die, die am meisten beachtet wird — übrigens auch international —, ist das Kurzarbeitergeld. Das ist ja etwas, was der jetzige Bundesfinanzminister Olaf Scholz schon als Bundesarbeitsminister als so richtiges Krisenreaktionsinstrument 2008/2009 quasi erfunden hat...

[Siebert] In der Finanzkrise.

[Schmidt] In der Finanzkrise und der Wirtschaftskrise. Und damals waren es 1,5 Millionen Beschäftigte, deren Arbeitsplatz damit gesichert worden ist und jetzt sind es ja fast 10 Millionen gewesen. So, und das ist natürlich unmittelbar etwas, wo beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer was davon haben [und] die Unternehmen dann natürlich auch. Und ansonsten haben wir uns bei all den Hilfen bemüht, die Bereiche der Gesellschaft zu unterstützen, wo es jetzt besonders nötig ist. Das letzte Beispiel war sicherlich das Thema Kinderbonus, weil ja alle festgestellt haben: Eltern mit ihren Kindern waren durch diese Krise doch ziemlich besonders betroffen — durch die Schließung von Kindergärten und Schulen, Homeschooling, die ganzen Aufwendungen, dann musste mehr gekocht werden. Und ich glaube, dass wir insofern schon auch als Bundesregierung insgesamt ganz ordentlich die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft abgedeckt haben. Und vielleicht ein letztes Wort noch, weil ja immer gesagt wird: „Ja, ja, der Lufthansa oder TUI gebt ihr so riesige Staatshilfen.“ Da wird ein bisschen was verwechselt, weil alles das, was der Lufthansa zum Beispiel gegeben worden ist, [...] alles nur Darlehen und Beteiligungen [sind] und es ist ganz exakt darauf geachtet worden, dass die Eigentümer — also in diesem Fall die Aktionäre — ihren Beitrag leisten. Die kriegen keine Dividende und der Wert des Unternehmens, der ihrer Beteiligung, ist praktisch verwässert worden, weil der Staat sich selber beteiligt und [...] die müssen dafür Gebühren zahlen und müssen es auch alles zurückzahlen. Es ist im Prinzip auch wieder nur so eine Art Überbrückungshilfe bis die Krise vorbei ist, die Lufthansa wieder schwarze Zahlen verdient und dann zahlt sie das Geld dem Staat, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern auch wieder zurück.

[Siebert] Die Neuverschuldung ist ja jetzt nicht nur in Deutschland sensationell hoch, sondern auch bei den europäischen Nachbarn, in Nordamerika, in Südamerika und so weiter, auf der ganzen Welt. Führt das in die Inflation oder in eine Weltwirtschaftskrise oder beides?

[Schmidt] Das ist bisher noch nicht absehbar, aber das ist natürlich was die Finanzministerinnen, Finanzminister und die Notenbankchefs sehr intensiv im Rahmen der sogenannten G20 — also der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer — diskutieren. Wir diskutieren das bei den G7 — das sind die

Industrieländer — und beobachten das natürlich sehr genau. Ich glaube, es gibt ein wirklich großes Problem gerade: Das ist die hohe Verschuldung in den Entwicklungs-, in den Schwellenländern. Die haben nämlich häufig nicht die Möglichkeit, sich in ihrer Landeswährung zu verschulden, wie das bei uns mit dem Euro ja der Fall ist, sondern müssen [sich] in Fremdwährung — also meistens in dem Dollar — [...] verschulden und erwirtschaften aber ihr Geld [...] in der lokalen Währung. Und da hat es massive Abwertungen gegeben. Und die hohen Schuldenstände, zum Beispiel in Afrika, machen große Sorgen. Deswegen haben die G20 ein Schuldenmoratorium vereinbart, also gesagt: „Wir wollen jetzt erst mal bis zur Jahresmitte von den Entwicklungsländern keine Zinszahlungen und auch keine Tilgungen.“ Sondern die sollen dieses Geld bitte schön verwenden, um ihre Gesundheitssysteme zu stärken oder auch Finanzhilfen auf den Weg zu bringen.

[Siebert] Herzlichen Dank! Das war ein interessantes Gespräch.

[Schmidt] Ich danke Ihnen, Herr Siebert.

[Siebert] Demnächst geht's hier weiter mit weiteren Gesprächspartnern aus der Bundesregierung und ich hoffe, Sie sind dann wieder dabei.

Das war „Aus Regierungskreisen — der Podcast der Bundesregierung“.

Mehr Informationen zur Politik der Bundesregierung finden Sie auf [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de) und auf unseren Social-Media-Kanälen.